

Antrag

der Fraktion der SPD
der Fraktion DIE LINKE

Verbraucherschutzpolitische Strategie für das Land Brandenburg

Der Landtag möge beschließen:

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert bis Ende 2011 eine umfassende „Verbraucherschutzpolitische Strategie Brandenburg“ zur Vorlage im Landtag zu erarbeiten.
- II. Das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz wird gebeten im III. Quartal 2010 dem fachlich zuständigen Ausschuss Eckpunkte vorzulegen, die folgende Bereiche berücksichtigen:
 - Verbraucherrechte
 - Verbraucherbildung und Verbraucherinformation
 - Gesundheitlicher Verbraucherschutz
 - Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen und im Umgang mit Daten und Medien
 - Jugendverbraucherschutz
 - Verbraucherschutz Generation 60+
 - Wirtschaftlicher Verbraucherschutz und Energieberatung
- III. Die Landesregierung wird gebeten, bei der Erarbeitung der verbraucherpolitischen Strategie eine breite öffentliche Diskussion unter Einbeziehung der Verbraucherzentralen, der Verbraucherplattform der Landesregierung, von wissenschaftlichen Einrichtungen, Fachleuten und Experten zu führen und deren Ergebnis in die Erarbeitung einfließen zu lassen.
- IV. Dem Landtagsausschuss für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist spätestens bis Ende des 4. Quartals 2013 ein erster Erfahrungsbericht zur Umsetzung der Verbraucherstrategie vorzulegen.

Begründung:

Zum einen erfährt gerade in Zeiten wirtschaftlicher und finanzieller Unsicherheit die Verbraucherpolitik besondere Bedeutung, zum anderen gibt es im Land Brandenburg Themen und Problemfelder, wo nach einer Bestandsaufnahme vorhandene Maßnahmen auf den Prüfstand gehören und künftig einer anderen Ausrichtung bedürfen.

Das Land Brandenburg hat mit dem Vorsitz in der Verbraucherschutzminister-Konferenz 2010 bundesweit eine Vorreiterrolle. Berlin hat bereits im vergangenen Jahr ein Verbrauchermonitoring durchgeführt und eine Verbraucherstrategie erarbeitet.

Da gerade der Verbraucherschutz ein dynamischer Politikbereich ist, wollen wir einen breiten Dialog mit der Öffentlichkeit, um den Verbraucherschutz zu stärken und weiter zu entwickeln.

Verbraucherrechte und -information auszubauen bedeutet, Verbrauchertransparenz zu verbessern. Da über 80 % der Verbraucherrechte ihre Grundlage auf europäischer Ebene in Form von EU-Richtlinien oder EU-Verordnungen haben, sind die entsprechende verbraucherpolitische Strategie und die drei Hauptziele der EU-Kommission bis 2013 von großer Bedeutung.

Dr. Dietmar Woidke
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE